

Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die "2000-Watt-Gesellschaft" zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung

Am 14. Februar 2013 hat der Stadtrat mit SRB 2013-070 einer Fristverlängerung der erheblich erklärten Motion bis 30. Juni 2014 zugestimmt.

Die Senkung des Energieverbrauchs pro Kopf ist ein breit abgestütztes Ziel. Wie der Gemeinderat in seiner Antwort zum Postulat „Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“¹ vom 16. September 2009 schreibt, ist die Realisierung der 4000-Watt-Gesellschaft für Bern bis zum Jahr 2035 realistisch, wofür rund ein Drittel des heutigen Energieverbrauchs eingespart werden müsste. Auch die Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft ist aufgrund verschiedener Studien technologisch machbar, sofern die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Für den Gemeinderat handelt es sich dabei um eine „mittelfristige Vision“ mit einem Zeitraum von 50 bis 100 Jahren. Der Gemeinderat erachtet die 2000-Watt-Gesellschaft nur für realisierbar, wenn eine internationale, nationale und interkommunale Zusammenarbeit erfolgt. In die gleiche Richtung gehen auch andere Städte wie Zürich, Basel, Genf und auch diverse Kantone wie z.B. Bern oder Freiburg.

Die Stadt Bern hat im Bereich Energie bereits einige Innovationen und auch eine Vorreiterrolle aufzuweisen (erste grosse Energiestadt der Deutschschweiz, Atomausstieg als erklärtes Ziel auf das Jahr 2039, Realisierung eines Energierichtplans, Aktion 100 Solardächer, Klimaplattform mit der Wirtschaft, Gebäudesanierungsprogramm etc.). Aufgrund all dieser Aktivitäten hat die Stadt Bern das Potential sich weiterhin als Pionierstadt im Bereich Klima und Energieeffizienz zu positionieren. Aus diesem Grund (und in Anerkennung der bereits geleisteten oder eingeleiteten Massnahmen und Projekten) erscheint es sinnvoll, dass sich die Stadt für die mittel- und langfristige Zukunft ambitionierte Ziele setzt. Dafür soll die Verringerung des Energieverbrauchs in der Gemeindeordnung als Zielvorhabe verankert und die dafür notwendigen Mittel für die Realisierung geschaffen werden. Dabei sind insbesondere auch der Nutzen und die Potentiale für die Stärkung der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Region Bern einzubeziehen. Die Wichtigkeit das Ziel einer 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung zu verankern, zeigt auch die Studie des Büros INFRAS auf, welche in einer Potentialanalyse für die Region Bern rund 300 neue Arbeitsplätze im Bereich Energieeffizienz und Klimaschutz für realistisch hält.²

1. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche eine Änderung der Gemeindeordnung in dem Sinne vorsieht, damit die Verringerung des Energieverbrauchs im Sinne der „2000-Watt-Gesellschaft“ als Ziel in der GO verankert wird.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die konkrete Umsetzbarkeit dieses Ziels und die notwendigen politischen Entscheide dafür aufzeigt. Für notwendige Entscheide im Kompetenzbereich von Stadtrat und Stimmbevölkerung sind die notwendigen Beschlüsse zu unterbreiten.

¹ Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1) auf dem Weg zur 2000-Watt Gesellschaft; <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.7878180428/file>

² Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB) vom 6.9.2007: Klimafreundliche Stadt Bern (3): Energieeffizienz schafft Beschäftigung und Arbeitsplätze: Potentialanalyse für Bern (07.000312) <http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2009/2009-10-07.6939989221/file>

3. Der Gemeinderat wird beauftragt dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Schaffung der notwendigen personellen Ressourcen für die mittelfristige Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft vorzulegen. Neben der fachlichen Ebene soll auch die Kommunikation und Sensibilisierung für die Idee in der breiten Bevölkerung berücksichtigt werden.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt für die Konzeption und Realisierung der 2000-Watt-Gesellschaft eine enge Zusammenarbeit mit anderen Städten (z.B. über den Schweizerischen Städteverband), wenn nötig auch international und mit interessierten Gemeinden von Region oder Kanton Bern zu suchen und dabei Synergien zu nutzen.

Bern, 15. Oktober 2009

Motion Fraktion GB/JA! (Nathalie Imboden/Urs Frieden, GB), Aline Trede, Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Emine Sariaslan, Rahel Ruch, Lea Bill, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Ausgangslage

Der Gemeinderat ist sich der Wichtigkeit einer Umsetzung der Inhalte der vorgelegten Motion bewusst und unterstützt die Anstrengungen zur Zielerreichung. Dies zeigt sich in den Legislaturzielen 2013 - 2016 und in der gemeinderätlichen Strategie 2020. Das Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft bedeutet eine Herausforderung, die weit über die Zuständigkeit und die Möglichkeiten des Gemeinderats und die Geografie der Gemeindegrenzen hinausreicht. Massnahmen müssen in sämtlichen energierelevanten Sektoren ergriffen werden. Die Stadt kann und soll dabei eine Vorbildfunktion übernehmen. Ihre Handlungsspielräume sind jedoch beschränkt. Die Stadt Bern ist angewiesen auf entsprechende Anstrengungen des Kantons und des Bundes, aber auch der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Gefordert sind auch die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt. Mit ihren Bedürfnissen an Konsum und Komfort tragen sie massgeblich zur Entwicklung des Energieverbrauchs bei. Da die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft mit technischen Mitteln allein nicht zu realisieren sind, gilt es, diese Bedürfnisse zu hinterfragen und auch mit Verhaltensänderungen zur Zielerreichung beizutragen. Der Souverän der Stadt Bern hat im Jahr 2010 den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Die Energiestrategie des Kantons Bern will bis ins Jahr 2035 die 4000-Watt-Gesellschaft erreichen und setzt das Fernziel 2000-Watt-Gesellschaft. Sie gibt deshalb vor, dass bis ins Jahr 2035 70 % der Wärmeenergie und 80 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen sollen. Ausserdem soll der Bedarf an Wärmeenergie um 20 % gesenkt werden. Auf diesen Vorgaben wurde der Richtplan Energie der Stadt Bern erarbeitet.

Die Grundlagen und die Ziele des Richtplans wurden in Zusammenarbeit mit Experten und mit den umliegenden Gemeinden erarbeitet. Der Zeithorizont von 20 Jahren ist ein Blick in eine Zukunft, deren technologische und gesellschaftliche Entwicklung zum heutigen Zeitpunkt nicht abschliessend vorausgesagt werden kann. Der Planungshorizont zur Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft im Jahr 2100 beinhaltet sogar eine Zeitspanne von 85 Jahren. Wenn die Energieversorgung - aber auch der Energiebedarf - von vor 85 Jahren (also in den 1930er Jahren) betrachtet wird, wird klar, dass über einen Zeitraum dieser Dimension die technologische und gesellschaftliche Entwicklung völlig ungewiss ist. Deshalb kann bei der Frage nach der Machbarkeit und nach den Kosten des Umbaus der Energieversorgung zum heutigen Zeitpunkt nur von Annahmen ausgegangen werden.

Der Richtplan Energie wurde im Frühling 2014 vom Kanton genehmigt und wird voraussichtlich im Spätsommer 2014 durch den Gemeinderat in Kraft gesetzt. Er umfasst eine Richtplankarte, einen Erläuterungsbericht sowie 53 Massnahmenblätter. Letztere definieren die notwendigen Massnahmen, mit deren Umsetzung die Erreichung der oben erwähnten Ziele möglich ist. Mit dem Richtplan Energie wird ein Instrument in Kraft gesetzt, mit dem Teilziele und Verantwortlichkeiten auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft auf strategischer Ebene definiert sind.

Zu Punkt 1:

Mit den arbeitsintensiven energierelevanten Projekten wie der Erarbeitung des Richtplans Energie und der Energiestrategie 2025 der Stadt Bern waren in den vergangenen Jahren und sind bis heute Mittel und Ressourcen gebunden. Dank dieser Vorarbeiten ist die Stadt heute so positioniert, dass ein Weg zur Erreichung von Zwischenzielen der 2000-Watt-Gesellschaft aufgezeigt werden kann. Die Stadt Bern ist damit in der Lage, für eine Abstimmungsvorlage die notwendigen Argumente stichhaltig begründen und auch aufzeigen zu können, dass ein Umbau der Energieversorgung nicht allein mit technischen Mitteln zu erreichen ist. Um die Finanzierung des Umbaus zu gewährleisten und die Unterstützung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einzuholen ist die Festsetzung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung von Bedeutung. Damit eine entsprechende Vorlage ausgearbeitet werden kann, bedarf es vorerst der Inkraftsetzung des Richtplans Energie durch den Gemeinderat, da dieser eine unabdingbare Voraussetzung für die Formulierung der angestrebten Ziele darstellt.

Zu Punkt 2:

Diverse anerkannte Instrumente der Stadtverwaltung beinhalten implizit und explizit die Vision der 2000-Watt-Gesellschaft. Der Weg der Stadt Bern zur 2000-Watt-Gesellschaft ist also bereits - und wird weiter - politisch verankert. Als Beispiele seien erwähnt: der Richtplan Energie, die sich in Überarbeitung befindliche Energiestrategie 2025, das Label „blue community“, das Label „Energiestadt Gold“, das die Stadt Bern seit 2010 verwenden darf, das Stadtentwicklungskonzept „STEK 2015“, die Immobilienstrategie von Immobilien Stadt Bern (ISB), das Leitbild nachhaltige Beschaffung, die Teilverkehrspläne der Verkehrsplanung und vieles mehr.

Der Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft umfasst unzählige Schritte und Massnahmen und ist hoch komplex. Er bedarf vielfältiger Ressourcen und umfasst alle Bereiche der Nachhaltigkeit. Gut durchdachtes Handeln und ein reflektierter Fortschritt in kleinen, konkreten Schritten ist deshalb von grosser Wichtigkeit. Als nächste Aktivitäten sind folgende Schritte geplant:

- Die konkreten Zwischenziele auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft für die Stadt Bern werden momentan von der Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft berechnet. Der daraus ableitbare Absenkpfad wird die Grundlage für die weitere Erarbeitung von notwendigen Massnahmen darstellen.
- Die Energiestrategie 2025 wird momentan überarbeitet und wird voraussichtlich im Winter 2014 durch den Gemeinderat verabschiedet. Er konkretisiert die Zwischenziele und definiert die notwendigen Massnahmen für den Energiebereich bis 2025
- Nach der Inkraftsetzung des Richtplans Energie der Stadt Bern, also voraussichtlich im Spätsommer 2014, kann mit dessen Umsetzung begonnen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird zu prüfen sein, welche Inhalte des Richtplans Energie in die Baurechtliche Grundordnung zu überführen sind. Mit diesem Schritt können Teile des Richtplans Grundeigentümerverbindlich gemacht werden. Der Entscheid darüber wird der Berner Souverän fällen.
- Das Label Energiestadt Gold wird alle 4 Jahre überprüft. Die nächste Re-Zertifizierung der Stadt Bern wird im ersten Halbjahr 2015 stattfinden. Mit diesem Re-Audit werden Massnahmen überprüft, die die Stadt Bern entsprechend ihren Zielsetzungen entweder bereits umgesetzt hat oder plant.

- Zusammen mit der Re-Zertifizierung Energiestadt Gold wird die Stadt Bern den Antrag zur Auszeichnung „Gemeinde auf dem Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft“ des Bundesamts für Energie BFE stellen.
- Das oberste Ziel der städtischen Mobilitätsstrategie heisst „Stadtverträglichkeit“. Sie folgt den drei Grundsätzen: Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern und Verkehr verträglich gestalten. Die Stadt fördert Massnahmen, die zu einer optimierten Verkehrsmittelwahl und zu einem effizienteren Verkehrssystem beitragen. Mobilitätsmanagement-Massnahmen tragen zur Mobilitätsbeeinflussung und zur Förderung einer umweltschonenden, nachhaltigen Mobilität bei (Konzept „Mobilitätsmanagement“, 2006). Mit zahlreichen Massnahmen leistet die Stadt einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Stadt- und Umweltverträglichkeit des Verkehrs und damit zum Fernziel einer 2000-Watt-Gesellschaft.
- Nachhaltiges Immobilienmanagement (Immobilien Stadt Bern): Siedlung Burgunder, Fröschmattstrasse 14 - 18, oder Stöckacker Süd (im Bau): Bau oder Sanierung von Gebäudehülle und Gebäudetechnik nach Minergie P Eco, sowie nachhaltige Gestaltung der Umgebung.

Zu Punkt 3:

Um einen urbanen Raum nachhaltig und im Sinne der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft zu gestalten, sind Investitionen erforderlich, zum Beispiel in die Sanierung des Baubestands oder in Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie. Daneben werden auch Investitionen in die Forschung oder in Sensibilisierungskampagnen und in die Kommunikation notwendig sein. Diese Kosten zu benennen ist kaum möglich, denn sie erstrecken sich über einen Planungshorizont von 25 (Richtplan Energie) resp. 85 (2000-Watt-Gesellschaft) Jahren und lassen sich nicht losgelöst von anderen Investitionen aufschlüsseln. Investitionen in die Sanierung von Gebäuden stehen ohnehin an, und die Mehrkosten für energetische Sanierungen können mindestens teilweise durch spätere Einsparungen bei den laufenden Kosten eingespart werden. Auch Investitionen in Anlagen zur Energieerzeugung werden nötig - entweder in neue Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie oder in die Sanierung oder den Neubau von bestehenden Anlagen.

Ein Blick in die Städte Basel und Zürich zeigt deren Kosten respektive Kostenunsicherheiten auf dem Weg in die 2000-Watt-Gesellschaft auf:

Stadt Basel: *„Im 2000-Watt-Szenario fallen bis zum Jahr 2050 jährliche Investitionen von rund 23 Mio. Franken an. Pro Person entspricht dies einer jährlichen Belastung von etwa 120 Franken. Diese (vereinfachte) Kostenschätzung zeigt, dass es um eine durchaus tragbare Zukunftsinvestition geht, von der die folgenden Generationen profitieren werden. Zudem stehen diesen Ausgaben Einsparungen durch vermiedenen Energieverbrauch und vermiedene Treibhausgas-Emissionsabgaben gegenüber, die sich bis ca. 2050 egalalisieren. Ab diesem Zeitpunkt sind die Einsparungen höher als die Investitionen.“* (aus: Basel auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft. Eine Studie zu den energetischen Potentialen des Kantons Basel-Stadt. „Genske-Studie“).

Die Stadt Zürich setzte sich von 2006 - 2010 den Legislatorschwerpunkt „2000-Watt-Gesellschaft“ und legt seit 2008 die 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung fest. Sie investiert 10 Mio. Franken in die Energieforschung für einen Zeitraum über 10 Jahre, von 2011 - 2020. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) rechnet mit Investitionen von jährlich 100 Millionen Franken für die kommenden 50 Jahre. Das sind jedoch nicht einfach die Kosten der 2000-Watt-Gesellschaft, denn es lässt sich nicht aufschlüsseln, ob und um wie viel die gewählte Strategie teurer ist als wenn weiterhin beispielsweise in fossile Brennstoffe investiert würde.

Mit den heute vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen kann die Stadt Bern die unter Punkt 2 vorgestellten, bestehenden Projekte konkretisieren.

Zur Implementierung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadt Bern ist eine enge Zusammenarbeit aller Direktionen zu relevanten Themen aus allen Lebensbereichen wie Wohnen, Mobilität, Arbeit und Konsum unabdingbar. Um diese Zusammenarbeit zu gewährleisten bedarf es der Bildung einer Plattform mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen Direktionen mit den entsprechend notwendigen Koordinations- und Führungsaufgaben sowie einer Koordinations- resp. Planungsstelle, welche mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet ist. Zeitlich kann diese Aufgabe nicht begrenzt werden.

Zu Punkt 4:

Die 2000-Watt-Gesellschaft kennt keine Gemeindegrenzen. Die Energiezukunft der Stadt Bern kann deshalb nicht losgelöst von ihrem geographischen Umfeld diskutiert werden. Die Stadt Bern kann ihre energiepolitischen Ziele, die Ziele des Richtplans Energie und der Energiestrategie nur erreichen, wenn auch der Kanton Bern und der Bund eine aktive Energiepolitik in die gleiche Richtung betreiben. Die Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene mit den entsprechenden Akteuren ist deshalb wichtig: Die Vernetzung mit anderen Gemeinden und Städten und eine aktive Mitarbeit in nationalen und internationalen Gremien, wie zum Beispiel die Mitgliedschaften im Trägerverein Energiestadt, beim Städteverband und bei den Klimabündnis-Städten oder das Engagement als Blue Community zeugen davon, dass sich die Stadt Bern dieser Bedeutung sehr wohl bewusst ist und diese Aufgabe ernst nimmt. Nicht zuletzt dank der engen Zusammenarbeit mit der Fachstelle 2000-Watt-Gesellschaft kann die Stadt Bern von Erfahrungen anderer Städte profitieren und entsprechende Synergien nutzen. Als konkretes Beispiel für eine nationale Zusammenarbeit seien das Förderprogramm für gewerbliche Kühl- und Gefriergeräte genannt, das mittlerweile von 7 Städten und 6 Energieversorgungsunternehmen getragen und vom Bund (ProKilowatt) unterstützt wird, oder die Mitarbeit in der IG Ökologische Beschaffung für den Informations- und Erfahrungsaustausch über die Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung.

Auch auf regionaler Ebene werden ein reger Austausch und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Städten betrieben. Der Einbezug der Nachbargemeinden bei der Erarbeitung des Richtplans Energie der Stadt Bern oder die gemeinsame Organisation der jährlich stattfindenden „Tage der Sonne“ zusammen mit den Energiestädten Burgdorf, Köniz, Münsingen und Ostermundigen seien hier beispielhaft aufgeführt.

Fazit: Der Gemeinderat der Stadt Bern unterstützt die Forderung nach einer Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Gemeindeordnung der Stadt Bern. Mit dem angestrebten Beitritt Berns zur „Gemeinde auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“ im Jahr 2015 wird ein möglicher Absenkepfad definiert. Daraus resultierend kann anschliessend eine Vorlage für die Volksabstimmung erarbeitet werden. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung um 3 Jahre. Parallel dazu unterstützt er die Umsetzung des Richtplans Energie, der mit seinen Zielen ebenfalls das Erreichen der 2000-Watt-Gesellschaft unterstützt.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Bern setzt sich die „2000-Watt-Gesellschaft“ zum (mittelfristigen) Ziel; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung der Motion bis Ende Juni 2017 zu.

Bern, 25. Juni 2014

Der Gemeinderat